

Sarkozy lüftet ein Geheimnis

Staatschef verriet, wer ihm die Luxuserien finanziert

VON JOACHIM ROGGE

Reiche Freunde sorgen dafür, dass Frankreichs neuer Präsident Ferien machen kann, ohne sein Budget zu belasten. Sein Hang zum Luxus findet immer mehr Kritiker — nicht nur im Oppositionslager.

PARIS — Den Urlaub hat Arnaud Montebourg Frankreichs Präsidenten nicht missgönnt. Aber dass sich Nicolas Sarkozy von millionenschweren Freunden einladen ließ, um zwei Wochen in einer luxuriösen Villa des amerikanischen Ostküsten-Geldadels zu verbringen, stieß dem Sozialisten durchaus übel auf. Kräftig hat Montebourg, der dem guten Leben keineswegs abgeneigt ist, gegen Sarkozys Hang zum Luxus polemisiert.

Wie ein Staatsgeheimnis hatte der Élysée-Palast hingegen die Frage behandelt, wer dem Präsi-



Verriet, wer seinen USA-Urlaub bezahlte: Nicolas Sarkozy. F.: dpa

dent eine Ferienunterkunft zahlt, die in der Woche immerhin stattliche 22 000 Euro kostete. „Wir wissen von nichts. Das fällt im Übrigen in die Privatsphäre“, beschied Élysée-Sprecher David Matinon neugierige Fragesteller.

Auch Sarkozy sah keinen Anlass, die Frage zu beantworten, strich lieber heraus, dass seine Familie und er mit Linienflügen der Air France wie jeder x-beliebige Tourist in ihr Feriendomizil gereist seien. Dabei freilich vergaß er zu erwähnen, dass dem Airbus A340 eine Falcon 900 der französischen Republik mit den wichtigsten Zuarbeitern an Bord hinterherflog.

Namen mit Klang

Am Ende der Ferien, in denen Sarkozy in den Medien mit improvisierten Pressekonferenzen in Shorts und T-shirt so präsent war wie kein Präsident vor ihm, kam plötzlich der Sinneswandel. Noch aus den USA meldete sich Sarkozy bei der Redaktion von *Le Monde* und gab seine Gönner preis: Die Villa sei „von unseren Freunden, den Crombacks und den Agostinellis, gemietet worden, die uns eingeladen haben“. Namen mit Klang sind das.

Agnes Cromback ist die Frankreich-Chefin des amerikanischen Edel-Juweliere Tiffany. Und Mathilde Agostinelli, eine enge Freundin der Präsidentengattin Cécilia, ist die Kommunikationschefin des Modehauses Prada, Cécilias bevorzugter Marke, und überdies verheiratet mit einem millionenschweren italienischen Geschäftsmann. Das Paar gehörte zu dem exklusiven Kreis, der am Abend des Wahlsiegs mit Sarkozy in einem Nobelhotel feierte. Mit dabei war damals auch Vincent Bolloré, auf dessen Luxus-Yacht Sarkozy wenig später vor Malta ausspannte.

Ohne Not hat Sarkozy das alles wohl nicht erzählt. Vor Ort recherchierten schon länger Reporter auf der Suche nach der Identität der Freunde. Und stark ins Visier war dabei vor allem Sarkozys Gattin Cécilia geraten. Beim Picknick mit den Bushs hatte sie gefehlt, war angeblich erkrankt. Doch am Tag danach lief sie beim Einkaufen französischen Reportern über den Weg. Ein dummer Zufall, gewiss, vor allem aber eine überaus peinliche Situation. Schlagzeilen waren das, die Sarkozy offenbar nicht erfreut haben. Laut *Le Monde* sagte er: „Über mich könnt ihr schreiben, was ihr wollt. Aber ich will nicht, dass ihr über Cécilia schreibt.“

Gräfenberger lassen Neonazis alt aussehen

Ein Ort wehrt sich mit einem bunten Fest geschlossen gegen NPD-Aufmarsch — „Der Marktplatz gehört uns“

VON HERBERT FUEHR

GRÄFENBERG — An diesem Samstagabend sah man in Gräfenberg nur zufriedene Gesichter. Die Bürger der kleinen oberfränkischen Stadt und aus benachbarten Orten hatten sich erfolgreich gegen einen Klammergriff der NPD gewehrt. Mehr noch: Sie hatten nach Meinung vieler bewiesen, was lebendige Demokratie ist.

Der Protest auf dem Marktplatz wäre aus Sicht der Mitinitiatoren vom örtlichen Bürgerforum nicht so eindrucksvoll gewesen, wenn nicht die Gräfenberger selbst — die sich bisher bei den regelmäßigen NPD-Aufmärschen eher zurückgehalten hatten — diesmal in großer Zahl mit auf die Straße gegangen wären.

„Ich demonstriere heute zum ersten Mal“, sagt Maria U., die wie viele andere „Demo-Neulinge“ ihren Namen nicht nennen will. „Wir können uns das nicht länger bieten lassen. Ich hoffe nur, dass nichts passiert.“ Obwohl, fügt sie hinzu, dann vielleicht „endlich die Justiz aufwacht“.

Gemeint sind die Urteile, mit denen Neonazi-Aufmärsche in Wunsiedel (zum Gedenken an den Kriegsverbrecher Rudolf Heß) und München verboten, in Gräfenberg aber erlaubt wurden. Diese Entscheidungen haben die Bürger solidarisiert. Bürgermeister Werner Wolf kreidete den Richtern eine zu große Nachsichtigkeit gegenüber Rechtsextremisten an. Dekan Erwin Engelhardt sprach sogar von einem „Terror, den die Justiz zulässt“. Denn Gräfenberg wird regelmäßig heimgesucht. Zum Schluss kamen die Neonazis in Zwei-Wochen-Abständen. Und jedes Mal war die Stadt im Belagerungszustand.

„Freiheit eingeschränkt“

„Die Polizei regelte alles ab. Wir konnten dann nicht einmal mehr wichtige Medikamente und Infusionen ins Altenheim liefern“, beklagt die Apothekerin. Der Mitinhaber des Edeka-Ladens am Marktplatz sieht überhaupt „die Freiheit eingeschränkt“, womit er auch die Gewerbefreiheit meint, denn an Demo-Tagen muss er mangels Kundschaft früher schließen.

Auch Bürgermeister Wolf weiß, dass der braune Auftrieb Gräfenberg schadet. „Das lassen wir uns nicht mehr bieten.“ Das Bürgerforum (dem er selbst angehört) habe versucht, die Neonazis einfach lauzenzulassen — so wie mancher Bürger glaubt, dass sich „das schon wieder von selbst legt“. Doch mit Blick auf die historische Erfahrung betont Wolf: „Zuschauen ist Zustimmung.“ Wer das nicht kapiert habe, dem sei nicht mehr zu helfen. Die NPD übrigens feierte bisher jede schwächere Beteiligung an Gegendemonstrationen als Sieg.

Doch am Samstag waren es bis zu 900 Menschen, die nicht länger zuschauen und schweigen wollten. Sie



Bunt gegen Braun: Rund 900 Menschen kamen zum Bürgerfest auf dem Gräfenberger Marktplatz und ließen als sichtbaren Protest gegen die Kundgebung der Neonazis Hunderte von Luftballons steigen. Foto: Roland-Gilbert Huber-Altjohann

versammelten sich auf dem Marktplatz, für den das Landratsamt Forchheim fast nach Karl-Valentin-Art einen Demo-Plan ausgetüftelt hatte: Von 9.30 bis 12.30 Uhr politischer Frühschoppen einer Nürnberger antifaschistischen Initiative, von 12.30 bis 16 Uhr Kundgebung der Gräfenberger Stadtratsfraktionen und des Bürgerforums, von 17 bis 22 Uhr die NPD, die als Erste eine Kundgebung auf dem Platz angemeldet hatte. Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs ließ keine andere Wahl.

Und so waren Auseinandersetzungen zu befürchten, denn die Bürger hätten um 16 Uhr den Platz für die Neonazis räumen müssen — und waren von Anfang an dazu nicht bereit. „Wir bleiben hier“, lautete ihre Parole, „und machen von unserem Hausrecht Gebrauch. Der Marktplatz gehört uns Gräfenbergern und nicht den angereisten Neonazis.“ Der Bürgermeister erklärte vorsorglich mit Blick auf angeordnete Gegendemonstranten: „Heute sind wir alle Gräfenberger.“ Zusammen geschlossen in einem breiten Bündnis von der CSU bis zu Autonomen. Es sei auch eine historische Erfahrung, dass man sich im Kampf gegen

Rechtsextremismus nicht auseinanderdividieren lassen dürfe.

So feierten sie auf dem Markt unter Samba-Klängen und Bratwurst-Düften, parallel zu einem Demokratiefest in Wunsiedel starteten bunte Luftballons, Vertreter aller demokratischen Parteien und Kabarettisten bekräftigten das gemeinsame Anliegen. Derweil versammelten sich die Rechtsextremisten am Bahnhof. 250 waren es, weitaus weniger, als nach dem Demoverbot von Wunsiedel befürchtet wurde. Man hatte ihnen schon zugetragen, dass sie ihr Ziel nicht erreichen würden, anders als bisher, wo sie vor den Toren aufmarschieren mussten, den Markt und damit das Herz des Städtchens zu treffen.

Die Situation war gereizt. Auch bei der Polizei. Der Fotograf unserer Zeitung bekam einen kurzzeitigen Platzverweis, weil er seine Pflicht tat, aber, so sagte ein Polizeiobermeister nach Rücksprache mit „der Polizeiführung“, Neonazis „in provozierender Weise“ fotografiert haben soll. Wovüber die sich sofort beschwerten. Dabei waren der Fotograf sowie Reporter der Zeitung und des Fernsehens am Bahnhofplatz ständig umringt von

Neonazis, die jeden Einzelnen von ihnen aus der Nähe fotografierten — ohne dass die Polizei einschritt. Nach Protesten wurde der Platzverweis zurückgenommen.

Die Rechtsextremisten mussten am Bahnhof erst einmal zwei Stunden ausharren, ehe sie sich Richtung Marktplatz aufmachen konnten. Mit Sprechchören wie „Straße frei für die nationale Jugend“ zogen sie los. Doch auf halbem Weg war die Bahnhofstraße schon blockiert. Die Polizei stoppte ihren Zug: Der Marktplatz könne aus Gründen der Rechtsgüterabwägung nicht geräumt werden. Zu groß seien auf dem Platz die Gefahren vor allem für die dort anwesenden Frauen und Kinder. Da habe das Demonstrationsrecht zurückzustehen. 30 Autonome konnten allerdings die Polizei-Blockade überwinden und Neonazis mit Gegenständen wie Plastikflaschen beweren. Sie wurden in Gewahrsam genommen.

Mehr Auseinandersetzungen gab es nicht. Als gegen 20 Uhr auf dem Markt das Fest noch in vollem Gang war, traten die Neonazis, die in der Bahnhofstraße eine Not-Kundgebung abhielten, betreten den Rückweg an.

China: 180 Bergleute von Wassermassen eingeschlossen

Angehörige verlangen Informationen und rügen die Sicherheitsstandards — Profitgierige Manager missachteten die Regeln

VON CHARLES HUTZLER (AP)

Nach einem Dambruch sind zwei Kohlebergwerke in China überflutet worden. Für die 181 Kumpel, die von den Wassermassen unter Tage eingeschlossen wurden, gibt es vermutlich keine Rettung mehr. Inzwischen wurde scharfe Kritik an den Sicherheitsstandards in den chinesischen Gruben laut.

PEKING — Die Überflutung zweier Kohlebergwerke im Osten Chinas hat möglicherweise 181 Arbeitern das Leben gekostet. Gestern gab es noch kein Lebenszeichen von den seit Freitag vermissten Bergleuten in der Provinz Shandong. In die Stollen war nach heftigen Regenfällen und einem Dambruch Wasser eingedrungen.

Aufgebrachte Angehörige verlangten Aufklärung über das Schicksal der Vermissten und kritisierten die Sicherheitsvorkehrungen in den Minen. Nach Berichten staatlicher Medien gelang es gestern, den auf einer Länge von 50 Metern geborstenen Deich am Fluss Wen abzudichten. Mit Hochleistungspumpen sollten die Bergwerke trockengelegt werden.

Geringe Chancen

Die amtliche Nachrichtenagentur *Xinhua* berichtete, 584 Arbeiter hätten sich noch vor dem eindringenden Wasser in Sicherheit bringen können. In einer Zeche in der Stadt Xintai wurden 172

Menschen eingeschlossen, weitere neun in einem zweiten Bergwerk. Der Direktor der zuständigen Sicherheitsbehörde der Provinz, Wang Ziqi, bezeichnete die Überlebenschancen als gering.

Angehörigen wurde der Zugang zu den Zechen verweigert. An einem Tor verlangten rund 30 von ihnen lautstark Informationen, wobei es offenbar zu kleineren Zusammenstößen mit Sicherheitskräften kam. Li Chuan-

mei, deren 42 Jahre alter Bruder unter den Vermissten war, klagte, niemand sage ihnen irgendetwas, es gebe keine Listen. In der Regenzeit werde die Mine regelmäßig überflutet, doch in diesem Jahr seien die Verantwortlichen offenbar nicht darauf vorbereitet gewesen.

Die Bergleute könnten in einer Tiefe bis zu 600 Metern unter Tage eingeschlossen sein, sagte Li. Zhang Qingmei, der bei einer Zulieferfirma arbei-

tet, schimpfte: „Die Behörden sagen: ‚Sicherheit zuerst, dann erst die Produktion‘, aber sie halten sich nicht an diese Vorschrift.“ Nach Angaben auf einer Website der Regierung wurde das Bergwerk nach einem Bankrott 2004 umorganisiert. Es werde von einer Aktiengesellschaft betrieben.

Trotz einiger Bemühungen, die Sicherheit in den chinesischen Bergwerken zu verbessern, sind diese nach wie vor die weltweit gefährlichsten. Jedes Jahr kommen Tausende Arbeiter ums Leben. Viele Unglücke werden dem Profitstreben der Manager zugeschrieben, die Sicherheitsbestimmungen missachteten, beim Brandschutz sparen oder mehr produzieren lassen als erlaubt.

Abhilfe versprochen

Die Regierung hat seit Jahren Abhilfe versprochen. Die Behörden lobten Belohnungen für Arbeiter aus, die sie über Sicherheitsprobleme informieren. Tausende kleiner Zechen wurden geschlossen und korrupte Beamte, die gemeinsame Sache mit skrupellosen Minenbesitzern machen, strafrechtlich verfolgt. Geholfen hat das wenig.

Denn die boomende Wirtschaft des Landes ließ die Nachfrage nach Kohle geradezu explodieren. Laut Statistik hat sich seit dem Jahr 2000 die Kohleproduktion in China mehr als verdoppelt. Jährlich kommen mehrere Tausend Arbeiter (2005 waren es rund 6000) bei Unfällen in Kohlegruben ums Leben.



Hilflose Helfer: Ein Mann beobachtet das Chaos rund um den gebrochenen Damm. Die Hilfsmannschaften hatten bislang keine Chance, zu den Bergleuten vorzudringen. Foto: Reuters